



Zeitung

der Sozialen Liste Bochum

März/Apr. 2005,
Nr. 5

Jetzt beantragen:

Bochum-Pass wieder eingeführt

Nach monatelanger Unterbrechung soll es in Bochum wieder den Bochum-Pass (Vergünstigungsausweis) geben. Durch die Neuregelung der Sozialgesetzgebung (Hartz IV) hatte die Verwaltung den Pass zum 31. 12. 2004 „wegfallen“ lassen.

Der Rat der Stadt Bochum hat während seiner letzten Sitzung am 3. März neue Ermäßigungen für den Eintritt in städtische Sportstätten, Bildungsveranstaltungen und soziale Einrichtungen beschlossen. Auch der Bochum-Pass wurde wiedereingeführt. Er soll bei den Ermäßigungen als Nachweis dienen und nicht der „aktuelle Leistungsbescheid“, wie von der Verwaltung vorgeschlagen

Zu diesem Tagesordnungspunkt hatten SPD/Grüne und die Soziale Liste Anträge eingereicht. In einer lebhaften Diskussion musste sich die Verwaltung viele kritische Stimmen anhören. Günter Gleising, Ratsmitglied der Sozialen Liste Bochum, kritisierte insbesondere den Zeitverzug und den Wegfall des alten Bochum-Passes: „so sind Bürger vom Kulturangebot der Stadt Bochum ausgeschlossen worden“. Gegen die

Ermäßigungen und den Bochum-Pass stimmten 24 Ratsmitglieder der CDU, die erst Fragen des Finanzvolumens geklärt haben wollten.

Auf Antrag der Ratskoalition (SPD/Grüne) wurde der Kreis derjenigen erweitert, die den Bochum-Pass beantragen können. So wurde beschlossen, auf die Grundbeträge und Kosten für Unterkunft einen Zuschlag von 20 % als Bemessungsgrenze anzurechnen.

Die Soziale Liste Bochum wird in den nächsten Tagen mit Flugblättern für den Bochum-Pass werben. Außerdem will sie sich weiter dafür einsetzen, dass auch private Anbieter von Kultur- und Freizeitveranstaltungen auf den Bochum-Pass Ermäßigungen gewähren. Selbstverständlich setzt sich die Soziale Liste Bochum auch weiterhin für ein Sozial-Ticket im Personennahverkehr und verbilligte Tarif für Strom und Wasser ein.

5,2 Millionen Arbeitslose: Hartz-Gesetze sind gescheitert

Montagsdemos stärken!

Die „Rekordarbeitslosigkeit“ von 5,2 Mill. Menschen in Deutschland dokumentiert das Scheitern der sogenannten Hartz-Gesetze, insbesondere von Hartz IV. Auch Bochum liegt mit einer Quote von über 15 % auf Rekordniveau.

Geplatzt sind auch die vollmundigen Versprechen von Politikern und „Experten“. Von persönlicher Verantwortung, der Maßnahme Arbeitslosigkeit und der Ankündigung der „Halbierung der Erwerbslosigkeit binnen drei Jahre“ war bei Schröder, Clement und Hartz die Rede. Was ist davon geblieben?

Wenn jetzt der „Hartz IV-Effekt“ bei der Zunahme der Arbeitslosen-Quote beklagt wird, sollte bedacht werden, dass viele Personengruppen schon vor Jahren mit Tricks aus der Statistik ausgegliedert wurden. Auch ist die tatsächliche Arbeitslosigkeit wesentlich höher, da AB-Maßnahmen, Ein-Euro-Jobs und Teilnehmer an Trainingsmaßnahmen nicht in der Statistik berücksichtigt werden.

Wie ernst die Lage ist, dokumentiert die Anzahl der in NRW gemeldeten 68.000 offenen Stellen bei über einer Million NRW-Arbeitslosen. Noch schlechter sieht es in Bochum aus, wo der Arbeitsplatzverlust bei Opel die Lage dramatisieren wird.

Die Ratsgruppe der Sozialen Liste Bochum appelliert an alle Verantwortlichen, mehr zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit beizutragen. Notwendig sind jetzt u. a. die Steigerung der Massenkauftkraft, öffentliche und beschäftigungsintensive Investitionen und eine Abkehr von der Umverteilungspolitik von unten nach oben.

Die Ratsgruppe der Sozialen Liste Bochum unterstützt weiterhin die Bochumer Montags-Demonstrationen und ruft auf, diese zu verstärken.

Soziale Liste Bochum fordert Ende der Abrisspolitik in Bochum:

Für Erhalt und Ausbau der Stadt

Die Soziale Liste Bochum hat einen Stopp der Abrisspolitik in Bochum gefordert. Notwendig ist vielmehr eine Politik, die die Stadt und ihre Bausubstanz erhält und Beschäftigung schafft.

Altes Arbeitsamt, Stadtbad, Aral-Verwaltung, Bahnhofsvorplatz u. a., die Liste der Abrisspolitik ist lang. Mit der Nord-Süd-Börsenhalle und der Verwaltungs- und Wirtschaftsakademie soll sie möglicherweise noch verlängert werden.

Das Wahlbündnis fordert ein Ende der „Ex und Hopp“-Politik. Stadtpolitik muss wieder den Erhalt, die Sanierung und Erneuerung der Stadt, ihrer Gebäude und

Infrastruktur in den Mittelpunkt stellen. Der Steuergeldverschwendung, wie sie beim Bahnhofsvorplatz deutlich geworden ist, muss ebenso ein Ende bereitet werden, wie dem Verfall von öffentlichen Gebäuden, wie z.B. bei den gewerbl. Berufsschulen. Die finanziellen Mittel müssen vielmehr für den Ausbau der wirtschaftlichen Struktur, der Schaffung von Arbeitsplätzen und dem Erhalt der Stadt aufgewendet werden.

FDP – Anfrage im Landtag:

Rechtslastige Initiative will Straßenbahn verhindern

Viele Langendreerer Bürger erhoffen sich von dem geplanten Ausbau der Straßenbahnlinie 310 über die Unterstraße und die Hauptstraße einen Aufschwung für ihren Stadtteil. Die bessere Anbindung an die Zentren von Witten und Bochum soll den Niedergang an der Alten Bahnhofstraße stoppen. Auch Umweltschützer und Verkehrspolitiker unterstützen das Projekt, ebenso auch die Soziale Liste. Sie alle wollen eine Verbesserung des Öffentlichen Nahverkehrs und mehr Leben in Langendreer-Dorf.

Demgegenüber tritt eine rechtslastige Initiative um einen früheren Bundestagskandidaten der Republikaner in Erscheinung, die jetzt mit einer „Anregung und Beschwerde“ den Rat der Stadt Bochum bewegen will dieses sinnvolle Projekt zu stoppen. Offensichtlich mischen auch die FDP und CDU Mitglieder in diesem obskuren Bündnis mit und wollen die „autogerechte Stadt“. Die FDP-Landtagsabgeordnete Dr. Ute Dreckmann aus Wattenscheid stellte jetzt auch noch zu allem Überfluss eine Anfrage an die Landesregierung, weil die geplante Straßenbahntrasse „bei den Bürgern auf Unverständnis und Ablehnung“ trifft, wie sie schreibt. Es ist schon eine merkwürdige Konstellation, die sich da im Vorfeld des Landtagswahlkampfes im Bochumer Osten zwischen Republikanern, FDP-Politikern und anderen gebildet hat. Die Soziale Liste Bochum, die diese Hintergründe kürzlich ans Licht der Öffentlichkeit brachte, distanziert sich von dieser rechtslastigen Initiative und will sich gemeinsam mit anderen politischen Kräften und Langendreerer Bürgern für eine schnelle Verwirklichung des Straßenbahnprojektes einsetzen.

Tag der Befreiung

Zum 60. Jahrestag der Befreiung Deutschlands vom Faschismus hat sich ein von der VVN - Bund der Antifaschisten initiiertes Bündnis gebildet, in dem die Soziale Liste Bochum mitarbeitet. Zu den Aktionswochen des Bündnisses trägt die Soziale Liste Bochum eine eigene Veranstaltung bei. Thema ist das Grundgesetz der BRD, sein antifaschistischer Auftrag, seine sozialstaatliche Option gegen den Kapitalismus und die Notwendigkeit, es gegen den Sozial- und Demokratieabbau zu schützen.

**Ort und Termin: 3. Mai 2005, 19³⁰ Uhr
Christuskirche, Westring 26 a**

NPD- Cremer:

Ein Jahr Gefängnis

Zu einem Jahr Freiheitsstrafe verurteilt am 17.02.05 das Landgericht Bochum den stellvertretenden NPD-Landesvorsitzenden und Wattenscheider Bezirksvertreter Claus Cremer. Dieser hatte anlässlich einer unverständlicherweise erlaubten Demonstration gegen den Synagogen-Neubau antisemitische Hetze betrieben und den jüdischen Mitbürgern Kinderschänderei unterstellt. Während der milde Richter am Landgericht sich mit einem Jahr und Bewährung begnügte, hatte der engagierte Staatsanwalt anderthalb Jahre ohne Bewährung gefordert und darauf hingewiesen, dass es der Gesetzgeber versäumt habe, die Möglichkeit zu schaffen solche Straftäter von Wahlen auszuschließen.

Rethmann kontra USB

Es war gut, dass im Rat SPD, GRÜNE, PDS und Soziale Liste Bochum für die Einführung der Blauen Tonne gegen Papiermüll in Regie des USB stimmten.

Auch wenn der Bürgerblock CDU-FDP-UWG dadurch gleich den Sozialismus ausbrechen sah („Keine VEBs“). Hierbei agierten die vom Bürgerblock als Lobredner von Privatisierungen zugunsten des Entsorgungskonzerns Rethmann alias Remontis. Wie verheerend dessen Wirken ist, zeigte seine Unfähigkeit und sein mangelnder guter Wille, die gelbe Tonne regelmäßig

zu leeren. Ein Lehrstück: Arbeitsplätze gehen verloren, Hygiene und öffentliche Ordnung leiden. Das alles verdanken wir der Privatisierungsmode. Mit den unzufriedenen Bürgern ist die Soziale Liste Bochum einig: Überhaupt keine Privatisierung mehr. Geboten ist viel mehr die Wiederaneignung der Stadt, ihre Rückeroberung durch die Bürger.

Golf auf Giftböden:

Ein Schildbürgerstreich im Nordosten

Das Gelände der ehemaligen Zeche Amalia ist durch langjährige Produktion der Chemischen Betriebe Amalia schwer kontaminiert.

Ausgerechnet hier soll jetzt ein Golfplatz entstehen. Das Konzept der Stadtväter nützt vor allem einem Investor, (der natürlich nicht genannt wird) und mit Sicherheit dem Eigentümer Harpen AG (Nachfolger der Harpener Bergbau AG). Ebenso sicher schadet es

Bürgern wie Golfspielern, denn im Boden tickt eine Zeitbombe. Deswegen sollte dieses Projekt verhindert werden. Unsere Forderung: wirksame Entsorgung der Giftböden, weitere Renaturierung und Ausbau des Grünzuges am Harpener Bach.

Stadt will „möglichst viele“ Ein-Euro-Jobs schaffen:

Stadt Bochum schafft hunderte Ein-Euro-Jobs

Bereits in den vergangenen Monaten sind an „allen Bochumer Schulen“ 80 derartige Stellen eingerichtet worden, die Tätigkeiten im Bereich Schulassistenz, Ganztagsbetreuung und Hilfstätigkeiten verrichten.

Die Stadt Bochum will auch im „Grünflächenbereich“ und der „Altenbetreuung“ Ein-Euro-Jobs schaffen. Diese Informationen gab Bochums Kultur- und Schuldezernent Dr. Küppers auf eine Anfrage der Sozialen Liste im Rat am vergangenen Donnerstag. Wie die Soziale Liste darüber hinaus erfuhr, hat die Stadt Bochum allein mit dem „Institut für berufliche Bildung Gisela Vogel“ 160 solcher Stellen vereinbart. Diese Stellen haben eine Laufzeit von neun Monaten. Davon sind 200 Stunden als Qualifizierung im Institut Vogel geplant. Weitere von der Stadt Bochum eingesetzte Träger der

sogenannten Qualifizierung zum Ein-Euro-Jobber sind die Caritas und die AWO. Formalrechtlich soll die Stadt Bochum bei der Beschäftigung der Jobber auch nur Vermittler und nicht der Arbeitgeber sein.

Die Soziale Liste Bochum lehnt wie die GEW das Konzept ab, mit Hilfe von Ein-Euro-Jobs die Offene Ganztagschule zu realisieren, und sie fordert die Vertreter der Gewerkschaften und des Ev. Sozialpfarramtes im Beirat der ARGE-Bochum auf, der Problematik der Ein-Euro-Jobs und deren Einsatz in den Schulen besondere Aufmerksamkeit zu schenken.

Hartz IV wackelt:

Partnereinkommen & Hartz IV

Anrechnung von Partnereinkommen bei nicht-ehelichen Gemeinschaften nach dem SGB II verfassungswidrig!

Urteil des Sozialgerichts Düsseldorf: Keine Anrechnung von Partnereinkommen bei nicht-ehelichen Lebensgemeinschaften auf das Arbeitslosengeld III!

Das Sozialgericht Düsseldorf hat in einer einstweiligen Anordnung AZ: S 35 SO 28/05 ER die im SGB II vorgesehene Anrechnung des Einkommens von Partnern als nicht vereinbar mit dem Grundgesetz angesehen. Zur Begründung heißt es, die bestehenden Regelungen sehen eine Anrechnung von Einkommen und Vermögen bei homosexuellen Lebensgemeinschaften nicht vor. Damit wird gegen den Gleichheitsgrundsatz gemäß Artikel 3 des Grundgesetzes (GG) verstoßen. Außerdem ist eine voraussetzungslose Anrechnung des Partnereinkommens rechtswidrig. Nur bei gegenseitigem Einstehen in den Not- und Wechselfällen in



Nuray Boyraz und Günter Gleising, die Ratsmitglieder der Sozialen Liste Bochum

einer eheähnlichen Gemeinschaft ist eine Anrechnung des Partnereinkommens gerechtfertigt. Solche Notgemeinschaft kann nicht grundsätzlich unterstellt werden, auch wenn es zu sexuellen Beziehungen kommt.

Tipp: Wurde im ALG-II-Bescheid Partnereinkommen angerechnet, sofort Widerspruch bei der zuständigen Behörde (ARGE) gegen den Leistungsbescheid erheben und dabei auf das Urteil des SG Düsseldorf - AZ: S 35 SO 28/05 ER verweisen!

Erfolg im Bezirksparlament Wattenscheid:

Erklärende Zusatzschilder für Kriegerdenkmäler

Der Vorsitzende der Sozialen Liste Bochum, Jürgen Bargmann, hatte nach §24 GO die die Anbringung von erklärenden und zum Frieden mahnenden Zusatzschilder an allen 11 kriegsverherrlichenden Denkmälern im Bezirk Wattenscheid beantragt. Die Bezirksvertretung stimmte diesem Antrag mehrheitlich zu und bewilligte trotz Finanzknappheit die nötigen Haushaltsmittel.

Erhalt der Verwaltungsstellen in Linden und Werne

Aufgaben und Kompetenzen der Bezirksverwaltungsstellen in Linden und Werne sollen gestärkt werden, forderte Ratsmitglied Günter Gleising in der letzten Ratssitzung. Durch Umorganisationen im Zuge von Hartz IV stehen diese beiden Anlaufpunkte für die Bürger „auf der Kippe“, es droht deren Schließung.



Das Amtshaus Werne - wichtig für die Bürger

Irak-Kongress

Zu dem Thema „Irak wohin?“ veranstaltet die Soziale Liste Bochum in Zusammenarbeit mit dem Komitee Freier Irak einen Kongress. Die Antwort der Linken auf diese Frage wird gesucht.

**Ort und Termin: 9. April 2005, 10⁰⁰ Uhr
Christuskirche, Westring 26a**

30. Montagsdemonstration

Am 4. April um 18⁰⁰ Uhr marschieren die Bochumer Montagsdemonstranten vom Husemannplatz zur Christuskirche. Dort wird anlässlich der 30. Montagsdemonstration eine Dokumentation über diese Bewegung vorgeführt. Außerdem wird ergebnisoffen über die Perspektiven der Arbeiter- und Arbeitslosenbewegung diskutiert. Die Soziale Liste Bochum hat von Anfang an die Montagsdemonstrationen mitgeprägt. Sie teilt deren Credo, nicht zu rasten und nicht zu ruhen, bis Hartz IV und die ganze Agenda 2010 politisch zerschlagen sind.

Klärungsbedarf zu BP

„Die Mitteilung, dass der BP Konzern zwar seine Firmenzentrale nach Bochum verlegt hat, aber steuerrechtlich in Hamburg veranschlagt wird, bedarf der Aufklärung durch die Stadt“, fordert Günter Gleising, Ratsmitglied der Sozialen Liste Bochum. Denn die Stadt Bochum hat für die sich noch im Bau befindliche BP-Zentrale an der Wittener Str. möglicherweise erhebliche Vorleistungen und Unterstützungen beigetragen.

SOZIALE LISTE BOCHUM

Wir finden uns nicht damit ab, dass immer mehr Menschen verarmen, während Vermögende immer reicher werden. Es ist eine Lüge, dass wir uns eine gute Bildung für alle, gut ausgestattete Kindergärten, eine ausgebaute öffentliche Infrastruktur und öffentlichen Wohnungsbau nicht mehr leisten könnten. Die Kassen sind leer, weil die Unternehmen dank der „Steuerreform“ immer weniger Steuern zahlen, weil sie gleichzeitig immer mehr Menschen arbeitslos machen.

Wir treten für ein lebens- und liebenswertes, ein menschliches und solidarisches Bochum ein. Konsequenz und unbestechlich wollen wir den Interessen der kleinen Leute Gehör verschaffen.

Im Gegensatz zu anderen Parteien erhalten wir keine Zuwendungen von Unternehmen oder reichen Mäzenen. Dennoch benötigen auch wir Geld um unsere Positionen bekannt zu machen, um Flugblätter und Veranstaltungen zu finanzieren. Jede auch noch so kleine Spende ist willkommen:

Spendenkonto: Sparkasse Bo.; BLZ 430 500 01; Kontonr. 23406366

Ich möchte...

- Informationen über die Soziale Liste Bochum bekommen.
- Einladungen zu den Veranstaltungen der Sozialen Liste Bochum.
- Kontakt.

Name: _____

Straße: _____

PLZ, Ort: _____

Tel.: _____

Ausschneiden, auf Postkarte kleben und an unten stehende Adresse schicken.

Impressum:

Herausgeber: Soziale Liste Bochum, c/o Jürgen Bargmann, Gertrudisplatz 4, 44866 Bochum.

Internet: www.soziale-liste-bochum.de

E-Mail: info@soziale-liste-bochum.de

V.i.S.d.P.: Jürgen Bargmann

Druck: Verlag Neuer Weg